



15. Oktober 2003, 17:37, NZZ Online

Bundesrat präsentiert die Rechnung

Neue Zahlen zu den Ausfällen durch das neue Steuerpaket

Der Bundesrat ist überzeugt, dass die Mindereinnahmen durch das neue Steuerpaket höher sein werden, als bisher angenommen. Er möchte das Inkrafttreten der Familienbesteuerung verschieben, bis Klarheit herrscht über den Ausgang einer allfälligen Volksabstimmung.

(sda) Das mit Referenden bekämpfte Steuerpaket brächte Bund und Kantone höhere Ausfälle als bisher errechnet. Bei der Familienbesteuerung entgingen dem Fiskus laut Bundesrat auf Grund aktualisierter Zahlen rund 1,5 statt 1,22 Milliarden Franken wie bisher angenommen.

Diametral widerspricht die Landesregierung der Ansicht von Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz (cvp., St. Gallen), die Mindereinnahmen würden massiv überschätzt. Wegen des gestiegenen Ertragsniveaus müssten die Ausfälle vielmehr höher veranschlagt werden, heisst es in der Antwort auf eine dringliche einfache Anfrage.

Das Gleiche gilt nach Auskunft des Bundesrates für den Systemwechsel in der Wohneigentumsbesteuerung, wo die Ausfälle auf 430 Millionen Franken veranschlagt wurden. Neuere Berechnungen seien hier aber nicht verfügbar. Weil der Systemwechsel erst 2008 stattfindet, verzichte das Finanzdepartement auf jegliche Zukunftsprojektion.

Zeit gewinnen

In der Zwischenzeit hat der Bundesrat dem Parlament beantragt, die

Reform der Familienbesteuerung statt Anfang 2004 erst Anfang 2005 in Kraft zu setzen. Für den Fall, dass das Volk dem von elf Kantonen und der Linken bekämpften Paket am 16. Mai 2004 zustimmt, will er die Komplikationen einer rückwirkenden Inkraftsetzung vermeiden.

Dank dieser Verschiebung würden Bund und Kantone 2004 noch von Ausfällen verschont. 2005 verlören sie nur 20 Millionen Franken. 2006 - im ersten Hauptfälligkeitjahr unter dem neuen Regime - wären es dann 970 Millionen Franken.

Die Differenz zu den neu berechneten Ausfällen von 1,5 Milliarden Franken rührt daher, dass die für ein Jahr geschuldeten Steuern teilweise erst in den Folgejahren eingehen.

Gnadenfrist bis 2006

In den Finanzplanjahren 2004 bis 2006 würde der Fiskus vom späterer Inkrafttreten der Reform profitieren. Anders sieht es 2007 aus, wie der Bundesrat vorrechnet. In diesem Jahr wären die Einnahmehausfälle mit 1720 Millionen um 100 Millionen höher.

.....

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

<http://www.nzz.ch/2003/10/15/il/page-newzzDLTISXRM-12.html>

.....

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

.....